

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Abend-Ausgabe erscheint von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Verlagsdirektor: Dr. H. M. M. Nr. 7466.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gericht:

„Tagblatthaus“ Nr. 6660-62.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Verlagsdirektor: Dr. H. M. M. Nr. 7466.

Bezugs-Preis für die Ausgabe: M. 2. — monatlich, M. 4. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. — Bezugs-Verstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Hermannstr. 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 70 Pf. für deutsche Anzeigen; M. 1. — für auswärtige Anzeigen; M. 1. — für deutsche Anzeigen; M. 2. — für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlich. — Anzeigen-Verkauf: für die Ausgabe bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49

Samstag, 3. Januar 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 4. + 68. Jahrgang.

Die Grundlage sozialen Friedens.

(Von unserem sozialpolitischen S. B.-Mitarbeiter.)

Als dringende Aufgabe des sozialen Rechtsstaates ist es in einer programmatischen Rede des Reichslandtags bezeichnet worden, durch Einführung obligatorischer Schiedsgerichte den wilden Streik zu steuern. Ein derartiges Gesetz ist nunmehr so weit gefördert, daß es vermutlich bald der Nationalversammlung zugehen wird; über den unmittelbaren Abschluß hinaus dürfte es von dem wichtigsten bleibenden Einfluß für unser wirtschaftliches Leben und Denken werden.

Schon vor dem Kriege, als Ausstände meist von den irdischen Vertretungen der Arbeiterschaft förmlich beschlossen wurden und Einigungsversuche staatlicher Stellen, auf Fälle besonders großen Umfangs sich beschränkten, erzielte der Ruf nach einem Reichseinigungsamt, das für sämtliche kollektiven Arbeitsstreitigkeiten zuständig sein sollte. Der Wunsch blieb unerfüllt, vielmehr weil man nur einen Oberhof ohne tatsächlichen Unterbau ins Auge faßte. Aus der Kriegszeit heraus, in der die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter sich näher rückten, entstanden die Arbeitsgemeinschaften beider, um durch Tarifverträge der latenten sozialen Kriegszustand in ein geordnetes Rechtsverhältnis umzuwandeln. Aber die ausschließliche Mächtigkeitsidee erfüllte die Weltung der Gewerkschaften. Man listete über die Köpfe erfahrener Führer hinweg sehr unwirtschaftliche Ausstände an; von Fall zu Fall gebildete Schiedsgerichte ohne feststehenden Rechtsboden wurden bei ihren Vermittlungsversuchen in ihrer Zuständigkeit bestritten, und mit solchen formalistischen Auseinandersetzungen wurde, wie beim Metallarbeiterstreik, viel kostbare Zeit verloren. Demnach erscheint es in der Tat unerlässlich, allgemein verbindliche Schiedsämter zu schaffen und mit zwingenden Befugnissen auszustatten. Sie werden Sachverständigkeit und Unparteilichkeit durch paritätische Besetzung mit Vertretern, die von beiden Seiten gewählt werden, unter einer ihren Befugnissen entsprechenden Leitung verbinden.

Dem individuellen Arbeitsvertrag ist der kollektive Tarifvertrag gefolgt und hat seinen unbestrittenen Siegeszug angetreten — fast jede Nummer des Reichsanzeigers bringt zahlreiche Genehmigungen —, nachdem er seit seinem Entstehen 1898 durch unzulängliche Rechtsgrundlagen lange genötigt geblieben war. Aber die fortgesetzte rasche Preissteigerung verdrängte immer wieder seine wirtschaftlichen Voraussetzungen. Um so notwendiger müssen im künftigen Arbeitsrechtswesen dem Gewerkschafts-Schiedsamt für Streitigkeiten ganzer Berufsgruppen entsprechen. Den Gewerkschaften wurde schon durch die Gesetze von 1890 und 1901 Einigungsstellen beigegeben. Der Schiedsbespruch war aber so wenig erzwungbar wie die Annahme und behielt ein ganz unbestimmtes Moment. Das neue Gesetz macht beides obligatorisch. Dies stellt einen so gewaltigen Fortschritt dar, als von allen Antarktisstaaten, abgesehen von Australien in England, aber nur die australische Arbeiterorganisation ihn beinahe verwirklicht hatte. Die Emanzipation der Gewerkschaft, die durch die Notwendigkeit gesteigerte Bedeutung lebenswichtiger Betriebe haben das Problem des Streikrechts verdrängt und vertieft. Durch eine schnelle, fest umrissene Schiedsgerichtsbarkeit wird es am rechtlichsteinsten gelöst und die Volkswirtschaft von den großen moralischen und materiellen Schäden der Streikbewegung und ausgedehnter Konflikte befreit. Die mittlere Linie des Austrags, bisher im Erbreis nach dem Machtverhältnis schwankend, auf die Billigkeit gegründet, Gewerkschaften und Unternehmerverband können unbesorgt auf positive wirtschaftliche Aufgaben ihre Kräfte sammeln und Kampfmittel, wie Streikposten und Ausbreitung, ausschalten, wenn Exekutive und effiziente Meinung die Parteien befähigen, die das Schiedsrecht übertraten und damit die Grundlage sozialen Friedens antasteten.

Das Auslandsdeutschtum im neuen Jahr.

Mit neuen Hoffnungen treten die Auslandsdeutschen ins neue Jahr, das uns Frieden und Freiheit von Kriegs- und Handelskriegen bringen soll. Besser, als wir es hoffen durften, hat sich allem Anschein nach das Auslandsdeutschtum in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung in den neutralen Staaten erhalten, schon recht sich mächtig unter dem Auslandsdruck, die in der Heimat wachen, der Wunsch, wieder heraus in die ehemals feindlichen Länder zu ziehen, um für Deutschlands Waren und für Deutschlands Arbeit wieder verheerend tätig zu sein. Trotz aller Feindseligkeit braucht uns die Welt. Der Hunger nach deutschen Waren ist überall außerordentlich groß. So darf man hoffen, daß im neuen Jahr überall die ausgebeuteten Völker der nationalen Lebenskräfte sich glücken werden und daß eine nüchternere Beurteilung Platz greifen wird, die Deutschland und seinen Auslandsbürgern sich gerecht zu werden bemüht. In der Heimat ist das Bewußtsein überall gewachsen, was Deutschland seinen Auslandsbürgern verdankt. Das Reich untersteht sich, indem es die Auslandsdeutschen zunächst mit Vorzügen abfindet, um ihnen später eine volle Entschädigung für die Infolge des Krieges erlittenen Vermögensverluste und für die Einbuße ihrer Existenz zu geben, einer ihm rechtlich nie moralisch obliegenden Pflicht, die auch wirtschaftlich zu einer Reimengleichheit wird, weil gerade im Ausland unsere Väter um so besser werden arbeiten können, je mehr eigenes Kapital und je mehr eigene Kraft sie haben. Aber abgesehen die deutsche Arbeitskraft sich wieder zu haben beginnt, abgesehen die deutsche Arbeitskraft sich wieder zu haben beginnt, abgesehen die deutsche Arbeitskraft sich wieder zu haben beginnt, werden wir doch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine Auswanderung großer Teile erleben, die eine unmittelbare Folge unserer wirtschaftlichen Zu-

sammensetzung und der Kriegsnachwirkungen ist. Ein neues Auslandsdeutschtum wächst hier heran, sobald der Weltfriede frei wird und die Konkurrenz der Transportverrichtungen um die Gunst der Auswanderer auch eine Verbilligung der heute enormen Überfahrtspreise erwarten läßt. Ungeheure Pflichten entstehen hier für alle, die an der Pflege des Zusammenhangs zwischen Heimat und Ausland arbeiten. Uns die Auswandernden wirtschaftlich wie auch kulturell eng verbunden zu halten, eine innige Verknüpfung zwischen den Deutschen auf der ganzen Welt zu schaffen ist eine der größten Aufgaben des Staates und auch der privaten Organisationen, wie des hier an erster Stelle arbeitenden Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart. Möge diese Arbeit im neuen Jahr von einem vollen Erfolge gekrönt werden und möge sie dazu beitragen, völkerverbindend und kulturell fördernd in der ganzen Welt zu wirken. Dr. A. J.

Vor dem Frieden.

Die Erkrankung des Herrn v. Persner.

Keine Verzögerung der Ratifikation.

Br. Bern, 3. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Oberste Rat hat sich am Donnerstag nicht versammelt. Freiherr v. Persner hat Dufasta mitgeteilt, daß er infolge einer Erkrankung gezwungen sei, das Zimmer zu hüten. Nach dem aus Berlin eintreffenden Nachrichten scheint die Zustimmung der deutschen Regierung so gut wie gesichert. Danach stellt eine Erkrankung des Freiherrn v. Persner, selbst wenn sie von längerer Dauer sein sollte, keine Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrages dar. Die Kommission, die die Vorbereitungsarbeiten zur Ausführung des Vertrages in den für die Volksabstimmung zu bezeichnenden Gebieten entwirft, hat getagt. Sie hat Verwaltungstragen beraten, insbesondere Vorkaufsangelegenheiten.

Pariser Verhandlungen.

Par. Paris, 3. Jan. Die Unterhandlungen zwischen den politischen Delegierten unter der Leitung von Poincaré und den deutschen Delegierten unter der Führung von Herr von Sinsow werden heute fortgesetzt. Sie beziehen sich auf die Übergabe der Gewalt in den abzutretenden Gebieten.

Die Kontrolle des Hafenmaterials.

Par. Hamburg, 3. Jan. Der englische Befehlshaber der Küste, der sich gestern abend von Hamburg nach Kiel begab, ist nach Danzig abgereist. Von dort geht ein Teil seiner Mitarbeiter nach Lübeck und Rostock, der andere Teil nach den Nordseehäfen.

Par. Danzig, 3. Jan. Die alliierte Kommission zur Beobachtung des Hafenmaterials traf heute mittig, von Kiel kommend, unter der Führung des Kapitäns Tottenham auf dem englischen Kreuzer „Coventry“ hier ein. Nach der Befestigung der Reichswehr und Einrichtungsarbeiten in die Schiffsregister erfolgte abends die Abreise nach Kiel.

Paris-London.

Par. London, 3. Jan. (Drahtbericht.) Lord George wird heute nach London zurückkehren. Die für Donnerstag nächste Woche beabsichtigte Reise nach Paris wird vermutlich eine Verzögerung erfahren infolge der Unpäßlichkeit des italienischen Ministerpräsidenten.

Par. Rom, 3. Jan. (Drahtbericht. Stefani.) Ritti reist heute morgen 12 Uhr nach Paris ab.

Die deutschen Geistlichen bei den Kriegsgefangenen in Frankreich.

Par. Paris, 3. Jan. Die hier angekommenen evangelischen und katholischen Geistlichen reisten heute vormittag in Begleitung französischer Offiziere in drei Gruppen in die Provinz, um die deutschen Kriegsgefangenen zu besuchen. Sie werden am Montag wieder in Paris erwartet.

Eine deutsche Erklärung.

Par. Berlin, 2. Jan. Nach einer dieser Tage in der deutschen Presse veröffentlichten Drahtmeldung aus Paris erklärte der Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, dem Berichterstatter des „Matin“ unter besonderem Hinweis auf die neuerdings in der französischen Presse ausgedehnten Sensations-Journalistik, es gebe in Deutschland nicht einen einzigen französischen Kriegsgefangenen mehr, der gegen seinen Willen zurückgehalten sei. Mit dieser Erklärung werden die deutschen abgegebenen Versicherungen von einer in ganz besonderem Maße dazu berufenen französischen Stelle vorbehaltlos bestätigt, und diese Erklärung ist um so mehr zu begrüßen, als immer wieder gegenteilige Nachrichten mit durchsichtigerem Zweck verbreitet werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Sonderzüge zur Linderung der Kohlennot.

Par. Aachen, 2. Jan. Die hier erscheinende amerikanische Zeitung „Amarco“ berichtet, daß die Verbündeten Sonderzüge zur Linderung der Kohlennot im besetzten Gebiet einrichten wollen. Die internationale Abwehrkommission verhandelt mit dem Leiter der Verteilungsstelle, welcher die weiteren Vorbereitungen treffen soll.

Die Proklamation des Saargebietes.

Par. Berlin, 2. Jan. Der „Abend“ meldet aus Saarbrücken: Die Proklamation des Saargebietes, mit der der tatsächliche Eintritt der Zollgemeinschaft des Saargebietes mit Frankreich verbunden ist, wird durch General Wirbel namens der alliierten Regierungen am 8. oder 9. Januar erfolgen.

Die Verurteilung des Gebrüder Nöckling.

Par. Berlin, 2. Jan. Die von einigen Blättern gebrachte Meldung, nach der auch der dritte der Gebrüder Nöckling verhaftet werden sei, ist unzutreffend. Es sind lediglich, wie am 26. Dezember durch H. L. B. gemeldet wurde, die Brüder Hermann und Robert Nöckling verurteilt worden. Ersterer war bisher technischer Leiter der Stahlwerke von Völklingen, während letzterer Leiter der Karthaus in Dierscheid war, die ebenfalls zu den Nöcklingschen Unternehmungen gehörten. Robert Nöckling blieb auf der Karthaus, als die Franzosen einrückten und wurde von ihnen unter den bekannten Beschuldigungen verhaftet; auch Hermann Nöckling sollte aus dem gleichen Grunde in Völklingen verhaftet werden. Da er aber in Trier sich bei den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission befand, konnte die Verhaftung nicht erfolgen, da die Amerikaner, die Trier besetzt hielten, sie nicht genehmigten. Hermann Nöckling mußte alsbald das Saargebiet verlassen. Gegen Louis Nöckling, den einige Blätter mit seinem Bruder Hermann verwechselten, ist Anzeige nicht erhoben worden. Er konnte daher selbstverständlich auch nicht verurteilt werden. Er war kaufmännischer Leiter der Nöcklingschen Eisen- und Stahlwerke und bis vor kurzem Vorsteher des deutschen Stahlwerksverbandes in Düsseldorf. Auch Louis Nöckling mußte das Saargebiet verlassen. Auch den Gebrüder Nöckling wurden auch die leitenden Beamten der Nöcklingschen Industrieunternehmungen aus Völklingen vertrieben, so daß die Werke heute jeder Überleitung völlig entbehren.

Österreichische Dokumente.

Par. Berlin, 2. Jan. Wie der „Abend“ aus London meldet, beginnt der „Daily Telegraph“ heute mit der Veröffentlichung einer Reihe von österreichischen Dokumenten von 1916 bis Oktober 1917 im Zusammenhang mit dem Vertrag von St. Germain, einen Sonderfrieden zu schließen, darunter zwei Briefe Kaiser Karls und mehrere Briefe des Prinzen Sigismund von Parma.

Lord Grens amerikanische Mission.

Eine internationalisierte Kriesenleihe in Amerika.

Par. Paris, 2. Jan. Nach einer New Yorker Sondermeldung der „Chicago Tribune“ hat Lord Edward Gren in Amerika keine politische, sondern eine finanzielle Mission, nämlich den Abschluß einer Anleihe von 13 Milliarden Dollar auf 50 Jahre. Die Einzelheiten sind nicht bekannt. Einzelheiten gibt aber nach einem Londoner Privattelegramm des „Journal“ die Zeitung „New York American“, die u. a. schreibt, die Anleihe werde durch die Reserve Federal-Banks vermittelt. Sie soll alle Anleihen, sowohl die alten wie die während des Krieges England, Frankreich, Belgien und anderen alliierten Ländern gewährten Anleihen, deren Zinsen noch nicht bezahlt sind, vereinheitlichen. Sir Georges Paish, der aus England in New York eingetroffen ist, erklärte, Amerika müsse sein Geld England leihen, denn England laufe in Amerika für ungeheure Summen und werde alsdann Europa bedienen.

Par. Rotterdam, 2. Jan. „Daily Chronicle“ meldet aus New York, daß Lord Gren seine Aufgabe gelöst hat, die internationale Kriesenleihe von 13 Milliarden Dollar in Amerika zustandezubringen. Der Haager „Nieuwe Courant“ meldet aus New York, daß die Morgan-Gesellschaft und die großen amerikanischen Bankiers erklärt haben, daß sie sich aktiv an dem internationalen Handel beteiligen wollen. Die neue Gesellschaft trage den Namen Foreign Commerce Corporation of America.

Erste Lage in Bulgarien.

Par. Bern, 2. Jan. Wie die „Genfer Suisse“ aus Sofia über Belgrad meldet, ist die Lage in Bulgarien sehr ernst. Die Regierung wird wahrscheinlich den Friedenszustand über das ganze Land verhängen. In einer geschlossenen Versammlung der Kommunistenpartei wurde von einem Offizier eine Bombe geworfen, die fünf Personen tötete. Der bulgarische Generalstab hat gestern hat demissioniert. Er wird durch den Obersten Kowalew ersetzt werden.

Das Bombenattentat in Belgrad.

Par. Paris, 2. Jan. (Drahtbericht. Pöbels.) Die Agence Pöbels demontiert die Nachricht, daß Prinz Alexander von Serbien bei einer Explosion in Belgrad den Tod gefunden habe. Bekanntlich befindet sich der Prinz in Frankreich. Er hat am Montag Connet verlassen, um nach Paris zurückzukehren, wo er sich gegenwärtig aufhält.

Bolschewistenverhaftungen in Amerika.

Par. Paris, 3. Jan. (Drahtbericht. Pöbels.) Dem „Petit Parisien“ wird gemeldet, daß im Verlauf einer Razzia in Chicago 200 Bolschewisten und Anarchisten verhaftet worden sind. Zwei Transporte von Bolschewisten sind bereits nach Rußland abgeschoben worden.

Die Bolschewisten in Zentralasien.

Unruhen in Persien. — Antienigliche Propaganda unter den mohammedanischen Staaten. — Das Neue Evangelium in Indien.

mx. Paris, 2. Jan. Die Pariser Zeitungen veröffentlichten folgende Einzelheiten über Unruhen in Persien. Eine Depesche aus Teheran an die „Times“ meldet, daß sich die Lage an der nördlichen Grenze Persiens sehr verschlimmert. Die Bolschewisten, die aus der Richtung von Merw kommen, rücken längs der transkaspischen Bahn vor und machen erbitterte Anstrengungen, um die Stellung von Krasnowodsk, dem Endpunkt der Bahnlinie am Kaspischen Meere, zu erreichen. Obgleich amtliche Nachrichten, die in London eingetroffen sind, melden, daß die Roten Truppen noch mehr als 120 Kilometer von dieser Stadt entfernt seien, meldet der Korrespondent der „Times“, daß sie viel näher seien und daß sich die Weißen Truppen zurückzögen. Der Grund für das Bestreben der Roten Truppen, das Kaspische Meer zu erreichen, ist offensichtlich. Sie haben ein dringendes Bedürfnis nach Petroleum, und wenn sie dasselbe in Krasnowodsk nicht befriedigen können, werden sie über das Meer fahren und sich das Petroleum in Baku holen. Inzwischen entwickelt sich eine lebhaft antienigliche Propaganda unter den mohammedanischen Staaten Zentralasiens. Eine bolschewistische Liga unter dem Namen „Liga zur Befreiung des Orients“ proklamiert, daß Persien und Afghanistan ihr als Kanal dienen müßten, um das Neue Evangelium in Indien einzuführen. Im Distrikt Taschkent glaubt man, daß die Bolschewisten den Bestand ihrer Armee doch bis zum Frühjahr auf 150 000 Mann erhöhen würden. Ein Gerücht, nach dem Enver-Pascha kürzlich in Taschkent eingetroffen sei, scheint nicht ohne Begründung zu sein. Gleichzeitig scheint der Subkaiser der Bolschewisten, die in Sibirien vorrückten, seine Operationen im Gebiet des Kaspischen Meeres zu konzentrieren. Ihr Ziel dürften die Goldvorkommen im Ural-Gebiet sein. Eine Londoner Depesche aus Delhi an das gleiche Blatt meldet, daß sich die indische Regierung lebhaft mit der bolschewistischen Propaganda, ihrer Tätigkeit in Zentralasien und ihrer Absicht, ihr Programm in Indien einzuführen, beschäftigt. Man ist der Ansicht, daß Afghanistan bolschewistische Truppen auf seinem Gebiet nicht dulden würde. Es wird hervorgehoben, daß die Roten Truppen versuchen, die panslawistische Bewegung auszubreiten, die die muslimanische Bevölkerung Zentralasiens schamlos unterdrückt, als sie ihrer Sache in Europa noch sicher waren. Trotz alledem ist die indische Regierung wachsam; und die kürzlich veröffentlichte Verordnung, die den Besitz von Rußeln in Indien verbietet, ist gegen jeden Versuch bolschewistischer Propaganda gerichtet.

Deutschland.

Das Reichstagswahlgesetz.

mx. Berlin, 3. Jan. Die Vorentwürfe zum Reichstagswahlgesetz werden in der aller nächsten Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Damit dürften, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, die seit Wochen und Monaten, teilweise aus Nervosität, teilweise aus Agitationsbedürfnis hervorgegangenen Vorwürfe der rechtsstehenden Presse über die Hinausschiebung des Wahlgesetzes gegenstandslos werden.

Der Wahlmodus für die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 1. Jan. Ein Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten befindet sich in Vorbereitung. Vermutlich wird er gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über das Reichswahlrecht der Nationalversammlung vorgelegt werden. Bisher noch nicht entschieden ist die Frage, ob die Wahl des Reichspräsidenten auf Grund absoluter oder relativer Stimmenmehrheit erfolgen soll. Die Meinungen hierüber sind innerhalb der maßgebenden Kreise sehr geteilt. Im Fall die Wahl auf Grund absoluter Stimmenmehrheit erfolgen sollte, müßte auch eine Stichwahl in Betracht gezogen werden.

Die Kölner Erzbischofswahl.

mx. Köln, 2. Jan. Der Kandidat Vacek ist von Köln nach München abgereist. Er ist laut „Köln. Volksztg.“ von den im Auftrag des Papstes mit dem Metropolitankapitel gepflegten Verhandlungen sehr befriedigt. Das Kapitel

Die bedrohten Riesengebirgsblumen.

Die Prager Regierung hat in diesen unerquidlichen Zeiten, die sie mit den deutschen Bewohnern im Sudetenland nicht gerade in trüben Tagen sehen, eine Maßnahme getroffen, die ihr von deutschen wie von tschechischen Gebirgs- und Gebirgsfreunden gewürdigt werden wird. Sie hat eine scharfe Verordnung zum Schutz der charakteristischen Bergblumen im Riesengebirge erlassen und mit der Ausübung des Schutzes auch die Grenzstaaten betraut. Die Maßnahme kommt zwar nicht gerade zu geeigneter Zeit, wird aber hoffentlich bis zum nächsten Frühjahr nicht vergessen sein. Denn gerade im Frühjahr, wenn die Bergwiesen aufleuchten in den bunten Farben der Hochgebirgsblumen, und auch im Sommer, wenn sie am üppigsten sind, sind Tausende, hunderttausende, Bergsteiger und Wanderer am Riesengebirge. Die Touristen sind während des Kriegs nicht rückförmig geworden. Zwar scheint es, daß man jetzt das Riesengebirge mehr als früher schätzt, nachdem manche Maßnahmen auf beiden

Seiten des Gebirges getroffen waren, aber dafür müssen die lieblichen Kinder der Hochgebirgsflora um so mehr dazu herhalten, den Sammlern dieser Sorte von Naturfreunden zu helfen. Geht es hier nicht etwas ganz Genügend, dann kommt die Zeit, da man die Riesengebirgsblumen nur noch auf der letzten Anhöhe der Riesengebirgsflora bewundern kann. Das Riesengebirge hat sich nämlich sehr verändert; man kann jetzt überall im Gebirge wieder schöne, volle Anholerstände sehen.

Reverend ist man sogar den riefarbenen Blütenpflanzen des Riesengebirges zuhause gekommen, ebenso den herrlichen Gebirgsblumen, von deren Größe der Riesengebirgsblumen kaum eine Ahnung hat; auch Frauenmantel, Mäpferwurz, Gebirgsorchideen, Bergblumen und Tausendfüßler, Gaudemann und Androsace, und wie die Blumen der Gebirgsflora alle heißen, werden massenhaft gepflückt. Ihre Bestände sind aber vorerst noch unerschöpflich. Die seltensten Blumen wachsen glücklicherweise in größerer Höhe noch an schwer zugänglichen Stellen der oberen Regionen in großer Zahl. Stellen, die wohl jahrelang keine Menschen Fuß betreten. Wände dieser winzigen Hochgebirgsfluren, wie an den oberen Wänden der Riesengebirgsflora, der Riesengebirgsflora, der Riesengebirgsflora, sind für den Menschen eine unüberwindliche Feste, andere wieder durch unzugängliche Moore geschützt. Das ist ein Glück für die Riesengebirgsflora. Was sehr zu wünschen ist, daß auch auf der menschlichen Seite bald energische Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Gebirgsflora getroffen werden, wie jetzt auf der böhmischen Seite, wo den Bewohnern der Flora häufig sogar die Verhaftung droht.

Heimkehr aus Rumänien.

W. T. B. Berlin, 2. Jan. (Drahtbericht.) Die Reichsgesandtschaft für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Heute früh ist im Lager Lechfeld ein Transport von 530 deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Rumänien eingetroffen. Ein zweiter Transport ist in etwa acht Tagen zu erwarten.

Vorbereitung einer Einheitskronographie.

mx. Berlin, 2. Jan. Zur Vorbereitung der Schaffung einer Einheitskronographie wurde von den Vertretern der beteiligten Ministerien ein Oberausschuß eingesetzt. Zur Ausführung der Arbeiten wurde der Ausschuß vom Reichsminister des Innern auf den 18. Januar einberufen.

Um Bismarcks Erinnerungen.

mx. Stuttgart, 31. Dez. Laut „Neckar“ hat die Zivilkammer des Landgerichts die Verhandlung über die Einsprüche des Reichs gegen die Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks Erinnerungen auf den 30. Januar vertagt.

Schiedemann-Sonnenfeld.

mx. Berlin, 2. Jan. Auf den Antrag Schiedemanns teilte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I ein Ermittlungsverfahren gegen Hermann Sonnenfeld ein. Sonnenfeld behauptet bekanntlich, daß Schiedemann einen Brief von 100 000 M. auf die Köpfe Diebstahls und Mord zugeworfen zu haben. Die Staatsanwaltschaft lud Hermann Sonnenfeld zur Vernehmung auf Freitagvormittag. Sonnenfeld erschien jedoch nicht und entschuldigte sein Ausbleiben durch Krankheit.

Appell einer Schiffswerft an die Arbeiterschaft.

Br. Danzig, 3. Jan. (Eg. Drahtbericht.) Die Leitung der Elbinger Schiffswerft wendet sich am Jahresende in einem Appell nochmals an ihre Arbeiterschaft. Sie weist darauf hin, daß eine Entlohnung der Werke unannehmlich ist, wenn die Arbeiterschaft nicht leistungsfähig ist. Sie führt folgende Gründe an: Durch die Wollensindustriebedingungen hat die Schiffbauindustrie für deutsche Rechnung in Elbing fast aufgehört. Die mit großen Kosten übernommenen Bauten für das Ausland haben sich durch die Arbeitslosigkeit so vergrößert, daß die Verrechnungen mit großem Verlust verbunden sein werden. Auch in allen anderen Abteilungen wird derartige unwirtschaftliche gearbeitet, daß eine Entlohnung des Betriebs unmöglich ist, falls die Arbeiterschaft nicht zur Besserung kommt und sich der Beherrschung einer politischen Minderheit, also der Unabhängigen, nicht ergibt.

Kleine politische Nachrichten.

Der Oberbürgermeister von Brandenburg a. d. H. Schleiermacher wurde vom Staatsministerium zum Regierungspräsidenten in Potsdam ernannt.

Wiesbadener Nachrichten.

Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Das Postamt 1 Wiesbaden teilt uns mit: Zur Einschränkung des Bargeldverkehrs stellen die Reichsbankstellen für Reichsgeldscheine, die an die Post Zahlungen zu leisten haben, diese Zahlungen aber aus irgend welchen Gründen lieber bei der Reichsbank leisten wollen, eine Quittung oder Quittungsempfangsbekräftigung auf vorgedrucktem Papier aus und übergeben sie dem Empfangsberechtigten. Von den Postämtern, die bei der Reichsbank am 1. Januar 1920 unterhalten sind, werden diese Quittungen der Reichsbank bei der Bezahlung von Zahlungen des in der Quittung genannten Gegenbetrags in Zahlung genommen. Mit der Annahme der Quittung ist die Zahlung als beglichen, so daß Postanweisungen und Zahlkarten sofort abzugeben, Wertpapiere usw. sofort auszuhandeln sind. Da das Verfahren geeignet ist, den Ausfluß des harten Geldes zur Reichsbank zu vermindern, wird die Benutzung der Quittungen den noch nicht am Giroverkehr beteiligten Geschäftsfreien empfohlen. — Die Anordnungen der französischen Behörden über den Geldverkehr zwischen dem besetzten und dem unbefetzten deutschen Gebiet werden unverändert bestehen.

— Höchstmeister. Die Direktion des „Haus- und Grundbesitzvereins“ schreibt uns: „Die ausgedehnte Verdrück-

Seiten des Gebirges getroffen waren, aber dafür müssen die lieblichen Kinder der Hochgebirgsflora um so mehr dazu herhalten, den Sammlern dieser Sorte von Naturfreunden zu helfen. Geht es hier nicht etwas ganz Genügend, dann kommt die Zeit, da man die Riesengebirgsblumen nur noch auf der letzten Anhöhe der Riesengebirgsflora bewundern kann. Das Riesengebirge hat sich nämlich sehr verändert; man kann jetzt überall im Gebirge wieder schöne, volle Anholerstände sehen.

Reverend ist man sogar den riefarbenen Blütenpflanzen des Riesengebirges zuhause gekommen, ebenso den herrlichen Gebirgsblumen, von deren Größe der Riesengebirgsblumen kaum eine Ahnung hat; auch Frauenmantel, Mäpferwurz, Gebirgsorchideen, Bergblumen und Tausendfüßler, Gaudemann und Androsace, und wie die Blumen der Gebirgsflora alle heißen, werden massenhaft gepflückt. Ihre Bestände sind aber vorerst noch unerschöpflich. Die seltensten Blumen wachsen glücklicherweise in größerer Höhe noch an schwer zugänglichen Stellen der oberen Regionen in großer Zahl. Stellen, die wohl jahrelang keine Menschen Fuß betreten. Wände dieser winzigen Hochgebirgsfluren, wie an den oberen Wänden der Riesengebirgsflora, der Riesengebirgsflora, der Riesengebirgsflora, sind für den Menschen eine unüberwindliche Feste, andere wieder durch unzugängliche Moore geschützt. Das ist ein Glück für die Riesengebirgsflora. Was sehr zu wünschen ist, daß auch auf der menschlichen Seite bald energische Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Gebirgsflora getroffen werden, wie jetzt auf der böhmischen Seite, wo den Bewohnern der Flora häufig sogar die Verhaftung droht.

Unsere literarische Sonntagsbeilage.

„Unterhaltende Blätter“

enthält in der morgigen erscheinenden Nr. 1:

Lesen. Von Richard Kich. — Reichtum. Gedicht von J. Wintermeyer. — Welt. Richtig. Von Dr. Johannes Kleinpaul. — Spiele und Mädel.

lichung der neuen Anordnung des Ministers für Volkswirtschaft über Höchstpreise hat in den Kreisen der Mieter viel mehr eine Bedeutung gefunden. Eine ganze Anzahl Mietpacten hat wie uns gemeldet wird, bei der Mietregulierung unangenehmere Mietsätze an der fälligen Quartalsmiete gemeldet. Die betreffenden Parteien stützen sich darauf, daß der vereinbarte Mietpreis nach ihrem Ermessen ein zu hoher sei und sie berechtigt wären, an der Miete 20 Prozent zu kürzen. Im weiteren Unzulänglichkeiten und dem Mangel an Geld, diese folgendes zur Aufklärung: Der Mieter hat nicht die Kenntnis, ohne Entscheidung des Mietniederlassungsamts irgend welche Abzüge an dem vereinbarten Mietpreis zu machen. Führt er sich durch die Höhe des Mietzinses beschwert, dann hat er das Recht, auf Grund der Bestimmungen der neuen Verordnung das Mietniederlassungsamt anzurufen. Jeder einsichtsvolle Bürger muß sich doch sagen, daß, wenn ein Mietniederlassungsamt besteht, er nicht einseitig das Recht hat, nach seiner Wahl eine Änderung des Mietzinses zu treffen. Im Interesse eines guten Einverständnisses zwischen Mietern und Vermietern erscheint es geboten, keine eigenmächtigen Handlungen vorzunehmen, welche gegen die vertraglichen Vereinbarungen verstoßen. Die Folgen sind gerichtliche Auseinandersetzungen, die nach Lage der Sache nur zum Nachteil des Mieters ausfallen werden können, falls er unbedachtete Abzüge an der fälligen Miete macht. Über die Verordnung selbst wird noch manches zu sagen sein.

— Zur Kartoffelfrage. Wir erhalten folgende Zuschrift: Seit der letzten Ernte wurde auf Grund der deutschen Verbotsbestimmung, daß die zur Verflechtung des französischen Verbrauchs nötigen Kartoffeln von der Kriegswirtschaftsstelle zu Mainz zu liefern seien. Die von jedem Romanualverband abzugebenden Mengen wurden gemäß den Schätzungen der in jedem Kreis statuierten Ernte besetzt. Da aber die deutsche Kriegswirtschaftsstelle ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, so ist die französische Regierung, um sich die Kartoffeln, die sie nötig hat, zu verschaffen, gezwungen, sich an die Landwirte zu wenden und mit ihnen direkt zu verhandeln. Die Mengen, die die deutschen Kriegswirtschaftsstellen an die Antendatur abgeben und die sie im Auftrage der weiteren liefern sollen, werden von denjenigen Mengen in Abrechnung gebracht, die die obengenannten französischen Verbände durch ihre nach Belieben vereinbarten Anläufe auslagern wird. Außerdem ist hierbei noch zu bemerken, daß die Kartoffeln für den französischen nicht die Grundbedürfnisse bilden, wie es für den Deutschen der Fall ist. Die Mengen, die das französische Meer nötig hat, sind sehr gering, wenn man sie mit der Erzeugung des Landes vergleicht: sie erreichen nicht einmal den 200. Teil der gesamten Ernte des von der Rheinarmee besetzten Gebiets.

— Zur Abstempelung der roten Bälle. Entschieden den in der Stadt verbreiteten Gerüchten wird bekanntgegeben, daß für die Abstempelung der roten Bälle (Reichsanstalt) mit dem Zweifachstempel keine Art Frist gestellt ist. Nur solche Personen, die nach dem amerikanischen oder englischen Modell besetzten Gebiet reisen, müssen diesen Stempel auf ihren roten Bällen haben. Es wird erwidert, daß vorerst nur solche Personen, die unaufrichtig reisen müssen, ihre Bälle abstempeln lassen. Die Abstempelung geschieht nach wie vor Friedrichstraße 12, Villa Colonia.

— Zur Frage des Neubaus des Realgymnasiums. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin hat sich unlängst mit der Frage des Neubaus des hiesigen Realgymnasiums befaßt. Die kurz vor Kriegsausbruch lebhaft ventilierter wurde und die Frage des Neubaus damals besonders die Gemüter erregte. Das Ministerium entscheidet jetzt, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wenigstens vorläufig nicht möglich ist, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, vor allem müßte die Bauplatzfrage erst endgültig gelöst sein. Wie wir hören, kommt nach dem letzten Stand der Angelegenheit als Bauplatz das domänenfiskalische Gelände am Domplatzhof, das zwischen dem Kaiser-Wilhelm-Ring und der Fischerstraße liegt, in Frage.

— Der Schulbeginn ist und Fortführung des Provinzial-Schulkollegiums für sämtliche Volks-, Mittel- und höhere Schulen vorläufig vom 9. auf den 13. Januar verschoben worden.

— Die Erbschaftsteuer, 6. (siehe) Rate ist bis zum 10. d. M. fällig und bei der Stadtkassaphil. Nachhaus, Zimmer 2, zu zahlen.

— Sicherheitsleistung durch Überweisung auf Postcheckkonto. Die Reichsregierung (§ 108) schreibt vor, daß, so weit die Bestellung einer prozentualen Sicherheit nach den Bestimmungen des Prozeßrechts erfolgen muß, diese regelmäßig durch Hinterlegung von Geld oder von solchen Wertpapieren zu bewirken ist, die nach § 234 Abs. 1, 3 BGB., zur Sicherheitsleistung geeignet sind, aber nach richterlichem Ermessen eine genügende Deckung gewähren. Diese Sicherheitsleistung kann angeordnet werden, wenn bei der einstweiligen Einstellung der Zwangsversteigerung (§§ 707, 708, 709, 711 ZPO.), bei Vollstreckungen vorläufig vollstreckbare Urteile (§ 719 ZPO.), bei Arresten (§§ 821, 823 ZPO.) usw. Nach einem Bescheid des Oberlandesgerichts Dordrecht vom 8. Dezember 1919 können diese Sicherheiten auch durch Überweisung auf das Postcheckkonto des Prozeßgerichts geleistet werden, da die Überweisung auf das Konto als Hinterlegung von Geld im Sinne des § 108 ZPO. zu betrachten sei. Durch die Überweisung erlangt der Kontoinhaber — das Gericht — einen Anspruch auf Auszahlung des übermiesenen Betrags gegen den Rechtschutts; er sei also jederzeit in der Lage, sich dieses Geld zu verschaffen, und durch die Überweisung würde somit der gleiche Erfolg erzielt wie durch die Hinterlegung des Betrags an die Gerichtskasse. Dieser Bescheid ist geeignet, den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fördern; die Aufbahrung dieses Beschlusses für den Geldverkehr wird aber zugleich den Prozeßbeteiligten häufig erheblichen Aufwand an Zeit und Mühe bei der Verwirklichung einer prozentualen Sicherheitsleistung ersparen.

— Die Salzburger Attentate haben immer noch nicht ihr Ende gefunden. Bei den zuletzt bei der hiesigen Kriminalpolizei ermittelten Angelegenheiten handelt es sich im Gegenstand zu früher um arme Frauen, welche durch ihre Kleiderbeschädigung doppelt hart getroffen werden. Die ändernde Maßnahme ist in diesen Fällen in großer Menge aufzuheben worden.

— Eine Jubilantin. Am 1. Januar waren es 50 Jahre, daß die in allen Kreisen bekannte und geachtete Dame Frau Anna Schmitt, Wirtinstraße 17, im Alter ist. Sie ist jetzt 72 Jahre alt und hat ihr hundertjähriges Amt immer noch mit feinerer Klugheit aus.

— Deutsche Volkspartei. Morgen nachmittags 4 Uhr findet eine Wiederholung der Weihnachtsfeier im Parteihaus „Arminius“, Ringstraße 20, bei uns statt. Die Mitglieder der Partei sind in dieser Feier, die ein großes künstlerisch wertvolles Programm umschließt, herzlich eingeladen. Günstigkeiten werden auch am Sonntagvormittag nach auf der Geschäftsstelle gegen Vorlegung der Mitgliedslisten ausbezahlt.

— Rathaus. Für kommenden Montag ist nachmittags 4 Uhr wieder ein Tanz- und kleinen Saal und Weinlokal dergleichen.

— Kleine Notizen. Am Spangenbergischen Konseratorium für Musik findet der Unterricht Donnerstag, den 8. Januar, wieder an. Zu gleicher Zeit beginnen neue Kurse in allen Fächern. — Am Spangenbergischen Konseratorium für Musik

Abends 8 Uhr: Gleich-
samde. Prediger Urban.
Neuapostolische Gemeinde,
Orenienstr. 54, 2. St. B.

Kurhaus Wiesbaden.

Montag, den 5. Januar 1920,
nachm. 4—6 1/2 Uhr, bei aufgehob. Aboement:

Tanz-Tee

In dem kleinen Konzertsaal und Weinsalon.
Eintritt: 15 Mk. (einschl. Tee),
5 Mk. für Zuschauer auf der Galerie
des kleinen Saales (ohne Tee).

Kartenverkauf an der Tageskasse im Kur-
hause. Tischvorbestellungen nur im Kurhaus-
Restaurant. Städtische Kurverwaltung. F 371

Kurhaus Wiesbaden.

Dienstag, den 6. Januar 1920,
Anf.: 6 Uhr. im großen Saale: Ende: 8 Uhr.

II. Konzert

des Violinvirtuosen
Duci von Kerekjártó.

M. Reger: Suite in A-moll, op. 103;
G. Tartini: Alt-Klassisches Konzert in D-moll;
G. Pugnani: Präludium et moderato;
D. v. Kerekjártó: Kindestraum (London 1912),
Puppentanz, Max und Moritz;
J. Hubay: Csárdasszenen (Pici tubicam).

Am Klavier: Paul Mueller-Melhorn.

Eintrittspreise: 8, 6, 5, 4, 3 Mk. F 371

Städtische Kurverwaltung.

Die Kämpfe

um die Fußball-Verbandsmeisterschaften

finden am Sonntag, den 4. Januar, ihren Fortgang.

Um 1 1/2 Uhr stehen sich die 1. Mannschaften des
Biebricher Fußballvereins 02 und des Sport-
vereins Wiesbaden

gegenüber. Sportplatz an der Frankfurter Straße,
Elektrische Linie 5, Haltestelle. F 369
Restauration. Gebüde Tribüne.

Eingang:
Luisenstraße 2
(im Hotel Metropole).

Bonbonnière

Eintritt frei!

A. H. O.

Zum staltg-fund. Jahres-
wechsel nachtraglich allen
unseren w. Freunden und
Bekannten herz. Glück-
wünsche. — Für erhaltenen
Gratulationen meinen ver-
bindlichsten Dank.

A. H. O., i. A.: Otto Müller.

Max Hess

Installation :: Taunusstr. 5

Stets Eingänge von

Kronen, Speisezimmer-Lüster, Ampeln,
Tisch-, Ständer- und Bettlampen.

Gummischwämme

wieder eingetroffen.
Flora-Drogerie, Gr. Burgstr. 5.

Geschäftsverlegung.

Fischhaus „Westend“

Meinen werten Kunden und Abnehmern teile ich mit,
daß ich mein Fischgeschäft von Welltrichstraße 8
nach dem Hause 29 Helenenstraße 29

vom 2. Januar ab verlegt habe.

Erfolge mit dasselbe Vertrauen durch meine lang-
jährige Tätigkeit auch dahin folgen zu lassen.

Telephon 4043. Daniel Thiel

Fischhandlung.

Nur ich

kaufe für Rein-Platin pro Gramm

120 Mark!

sowie die allerhöchsten Preise für Gold- und Silber-
münzen, getragene Kleider, Schuhe und Wäsche.

Müller, Wagemannstr. 29 (Laden).

Preiswerte Damenkonfektion

Ich bitte um besondere Beachtung
meiner Schaufensterauslagen. ::

Damen-Moden **J. Hertz** Langgasse 20.

K 156

Die Ersatzpflicht der Post und Bahn Höchst-Handelspreis beschränkt!

Wer bei Verlusten versichere sich daher gegen alle

vollen Ersatz haben will, Transport-Gefahren.

Billigste Prämien! Police sofort erhältlich!

Versicherungs-Büro Adolfsallee.

Transport-, Aufruhr-, Feuer-, Einbruch-, Glas-, Unfall-, Haftpflicht- u. Lebens-Versicherungen

K. Nicodemus & Frhr. v. Massenbach,

Adolfsallee 28. WIESBADEN Fernsprecher 882.

Konsum-Verein für Wiesbaden und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Wir bitten unsere Mitglieder, welche noch nicht im Besitze
ihres Mitgliedsbuches sind, dieses baldmöglichst auf unserem
Zentralbüro, Hellmuthstraße Nr. 45, 1, abholen zu wollen.
Die grüne Legitimationskarte ist hierzu mitzubringen. F 314

Der Vorstand.

Leder-Krawatten F. Meinecke

wieder eingetroffen!
Grabenstraße 9.

Rörig's Industriefirniß

für alle äußeren u. inneren Anstriche

mit Leinöl und sämtlichen Farben mischbar

per Kilo Mk. 18.—, empfehlen

Aug. Rörig & Cie.

Haarausfall.

„Neocrin“
kräftigt die Haarröhrchen, verhindert den Haar-
ausfall und Schuppenbildung und schützt das
Haar vor Erkrankung. 31

Alleinverkauf: Schützenhof-Apothek, Langgasse 11.

Terpentinöl-Ersatz

wasserhell, mildriechend, eingetroffen.

Aug. Rörig & Cie.

Brillanten, Platin

Gold, Silber, Zahngelbte, Brennstifte, Bestecke,
Service, Leuchter, Münzen sowie alles in rein
Silber laßt zu noch nie dagewesenen hohen Preisen

Eduard Heesen, Wagemannstr. 21.

(Bitte genau auf 21 zu achten).

Die allerhöchsten Preise erzielen Sie bei mir für alte

Zahngelbte

ob ganz-, zerbrochene oder solche, die in Kautsch.
gefaßt sind. Ich zahle per Zahn bis Mk. 4.50.

Für Gold u. sonstige bedeutend mehr.

Edelmetall-Gebisse

Für Holzbrandstifte bis 75 Mk.

Rein Platin bis 130 Mk. per Gramm.

Kaufe auch Gold- und Silbermünzen.

L. Großhut, Wagemannstr. 27, 1.

Bitte genau auf Nr. 27, 1. Stock, zu achten.

Gold

in jeder Form und Menge
auch Münzen
und Zähne **kauft**

**Uhren u.
Platin**

Brillanten für hohen
Preis
zu Fabrikat-
zwecken.

Bok

Wiesbaden ::
Kirchgasse 70
Tel. 5138.

Silber

Nur erstklassige

:: Antiquitäten ::

Silber, Porzellan, Silbergegenstände laßt zu hohen
Preisen J. Chominski, Mainz, Christophstraße 9.
Postkarte genügt.

Einquartierung betr.

Denjenigen, welche im Monat Dezember 1919
Einquartierung durch französische Besatzung gebau-
haben, werden hiermit aufgefordert, spätestens inner-
halb drei Tagen ihre Quartierkarten auf Zimmer
Nr. 18, Marktstr. 1/3, und zwar nur vormittags von
8—12 Uhr abzugeben.

Dieselbst sind auch die für verabschiedete Häuser er-
haltenen Besatzungskarten einzureichen. P 370

Wiesbaden, den 31. Dezember 1919.

Städt. Einquartierungsamt.

Mietpreis-Festsetzung:

Montag, abends 6 1/2 Uhr, Rheum am Josefsplatz:

Große öffentliche Rundabrechnung

aller Mieter, Geschäftskunde usw. aller Parteien, Hand-
werker, Angehörigen, Beamten, Arbeiter, Pensionäre usw.
zur Frage der Miethöchstspreise, die jetzt für lange Zeit
in Wiesbaden, Stadt- und Landkreis, geregelt werden,
daher muß jeder Mieter von Wohn- und Geschäftsräu-
men erscheinen und für seine Interessen bei Miet-
regelung stimmen, da schon bis 15. Januar die zulässige
Mietsteigerung für Wiesbaden und Vororte behördlich
festgestellt sein muß.

Die Behörden, Stadtvorordneten, Parteien usw. sind
einladen. Für alle Mieter Eintritt frei.

Ausföhrendes „Mieterschuß“-Ausföhrungsbuch am Saal-
eingang. F 369

Vortrag Sonntag u. Mittwoch 8 Uhr, im Saal
Adolfsstr. 3 im Hof. Eintritt frei.

**Gott — wir u. das Schicksal oder:
Göttliches Licht in dunkler Zeit.**

Bereinigung jüdisch. Frauen.

Dienstag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, in
den Räumen der „Rassau-Lage“, Friedr. Str. 33, Stb. 1:

Distinctions-Nachmittag. Leonie Grant:

Der internat. Verein der Freundin. jung. Mädchen.
Um recht zahlr. Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

Zahle für 1/2-Zettelflaschen pro Stück 1 Mk.,
Schlegel-Original-Bordenaufl.,
Kognatflaschen 70—80 Pfg.

Alt-Eisen, Metalle, Lumpen, Papier, Holz u.
Holzstücke u. z. noch nie dagewesenen Pr. angelauft.

Austausstelle

Uder, 21 Welltrichstraße 21

Telephon 3930. Postfach 19659.

Statt Karten.

Lilly Marum

Sali Marx

Verlobte.

Karlruhe i/B.

Vorholzstraße 21

Bleiblich-Rhein

Mainzer Straße 13

1. Januar 1920.

Statt Karten.

Karl von der Emden

Louise von der Emden

geb. Weller.

Vermählte.

Wiesbaden.

Schlangenbad.

Statt besonderer Anzeige.**Todes-Anzeige.**

Gott hat es gefallen, unsere liebe, treu-
sorgende Mutter, Schwiegermutter und Groß-
mutter

Frau Elisabeth Benzlau

im 67. Lebensjahr nach langem, schwerem,
mit großer Geduld ertragenem Leiden in ein
besseres Jenseits abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Wiesbaden, Mainz-Rohrheim, Hanau a/M.,
Löhrlhof i. Rh. u. Berlin, 1. Jan. 1920.

Die Beerdigung findet Montag, den
5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Kapelle des Südfriedhofs aus statt.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir Abstand
zu nehmen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unserer lieben
Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
sagen wir allen, besonders Herrn Barter Weg
für die trostreichen, zu Herzen gehenden
Worte unsere

innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Liebgott u. Frau,

geb. Arnold,

Karl Arnold u. Frau,

Jean Arnold u. Frau,

Wilhelm Arnold u. Frau,

u. 8 Enkel.